

Newsletter Sektion Politische Psychologie, September 2016

In dieser Ausgabe:

AKTUELLE AKTIVITÄTEN DER SEKTION

1. **Bericht über die Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen der Sektion Politische Psychologie**
2. **Erscheinungen auf den Grund gehen - Interdisziplinäre Fachtagung Politische Ideologien in Berlin**

VERÖFFENTLICHUNGEN

Editorial des Heftes 1/2016

AKTUELLE AKTIVITÄTEN DER SEKTION

1. **Bericht über die Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen der Sektion Politische Psychologie**

Am 2. September 2016, am Rande der interdisziplinären Fachtagung „Politische Ideologien im Wandel der Zeit“, fand die Mitgliederversammlung der Sektion statt. Die Sektionsvorsitzende Constanze Beierlein und ihr Stellvertreter Siegfried Preiser berichteten über Vorstands- und Sektionsaktivitäten in den vergangenen Jahren:

1. Nachdem die „Zeitschrift für Politische Psychologie“ (ZfPP) mangels Wirtschaftlichkeit mit dem Jahrgang 2006 eingestellt werden musste, erfolgte 2011 mit intensiver Unterstützung durch den Pabst-Verlag eine Wiederbelebung einer Zeitschrift mit politisch-psychologischen Themen: „Politische Psychologie / Journal of Political Psychology“; die Zeitschrift ist offizielles Organ der Sektion Politische Psychologie und der Walter-Jacobsen-Gesellschaft e.V. für Politische Bildung und Politische Psychologie. Sie ist offen für die unterschiedlichsten politisch-psychologischen Beiträge, auch interdisziplinärer Ausrichtung. Es gibt Hefte mit Schwerpunktthemen, z.B.: Politisches Engagement, Soziale Gerechtigkeit, Bundestagswahl 2013, Rezeption und Wirkung von TV-Debatten, Politisches Vertrauen. Pro Jahr erscheinen 2 Hefte (Abonnementspreis 25€/Jahr; für Studierende 20€/Jahr). Das Herausgeberteam ist ebenfalls interdisziplinär zusammengesetzt aus den Bereichen Psychologie und Politikwissenschaften. Herausgeber sind Constanze Beierlein (Hochschule Hamm-Lippstadt), Siegfried Preiser (Psychologische Hochschule Berlin) und Markus Steinbrecher (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr).
2. Organisation der Fachtagung „Politische Ideologien im Wandel der Zeit“ im September 2016. Beiträge der Tagung sollen in einem Schwerpunktheft der Zeitschrift erscheinen.
3. Einstellung einer studentischen Hilfskraft zur Unterstützung der Fachtagung und der Aktualisierung der Homepage.

4. Bearbeitung von Presse- und Rundfunkanfragen
5. Teilnahme an Gremien und Veranstaltungen innerhalb des BDP. Zur 70-Jahr-Feier des BDP organisierte die Sektion die Einladung an Birgit Kassovic, die Großnichte des BDP-Mitbegründers und ersten Vorsitzenden Walter Jacobsen, Vorstandsmitglied der Walter-Jacobsen-Gesellschaft und Treuhänderin des von Jacobson gestifteten „Forschungsfonds Psychologie der politischen Bildungsarbeit“. Walter Jacobsen ist auch der Gründer der Sektion Politische Psychologie.
6. Beteiligung der Sektion am Diversity-Tag 2016 mit einem Vortrag von Ahmad Mansour „Religiöser Extremismus: Ursache, Deradikalisierung und Prävention“. Offizielle Veranstalter waren der BDP und die Psychologische Hochschule Berlin; neben der Sektion Politische Psychologie war der Arbeitskreis „Inklusion“ des BDP ideell und organisatorisch beteiligt.
7. Aufnahme von Kontakten zu Bundestagsfraktionen, Abgeordneten und anderen Politikern und Politikerinnen, u.a. durch Einladung zu Veranstaltungen und Freixemplare der Zeitschrift Politische Psychologie.
8. Eine Änderung der BDP-Satzung, u.a. auch auf Initiative der Sektion Politische Psychologie, ermöglicht nunmehr die Wahl in Vorstandsämter von Mitgliedern, die bereits eine andere Vorstandsposition innerhalb des BDP innehaben.
9. Anzahl der Mitglieder: Leichte Steigerung der Primärmitglieder von 72 auf 88 Personen; Rückgang der Sekundärmitglieder von 329 auf 224 Personen; mögliche Gründe werden in der zwischenzeitlich reduzierten Aktivität oder der Erhebung eines Jahresbeitrags gesehen.
10. Finanzielle Situation: Die Fachtagung verursachte weniger Kosten als geplant; aufgrund der vorherigen Rücklagenbildung ist diese Tagung ohne zusätzliche Projektmittel finanzierbar. Es werden jedoch neue Ausgaben und entsprechende Rückstellungen geplant: Etablierung eines Redaktionssystems für Zeitschrift und Tagungen; regelmäßige Newsletter, u.a. mit Unterstützung einer studentischen Hilfskraft; kleinere Aktionen und Expertentagungen zwischendurch.

Nach der erfolgten Entlastung des Vorstands leiteten Annette Schlipphak als Wahlleiterin und Jenny Grabe als Wahlhelferin die Vorstands- und Delegiertenwahlen. Für jede Position gab es jeweils nur eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten, die jeweils einstimmig gewählt wurden:

- Vorsitzende: Frau Prof. Dr. Petia Genkova
- Stellvertretende Vorsitzende: Frau Prof. Dr. Constanze Beierlein

Beisitzer: Die Sektion ist zwar klein, aber sie möchte sich gut mit anderen Sektionen vernetzen und die Vorstandsarbeit auf eine breite Basis stellen; deshalb wurden 6 Beisitzer gewählt - in alphabetischer Reihenfolge:

- Christian Demmler
- Paul Detter
- Dr. Rudolf Günther
- Prof. Dr. Siegfried Preiser
- Bettina Nock
- Dr. Katharina Oerder

Delegierte der Sektion sind die Vorsitzende und im Falle ihrer Verhinderung die stellvertretende Vorsitzende. Für den Fall, dass beide verhindert sind, wurden folgende Ersatzdelegiert gewählt:

- Paul Detter
- Katharina Oerder
- Siegfried Preiser

Planung von Sektionsaktivitäten:

1. Alle Mitglieder und v.a. Vorstandsmitglieder werden gebeten, kurze Informationen und Veranstaltungshinweise für den Newsletter an die Vorsitzende zu melden.
2. Als mögliche Themen für zukünftige Experten- oder Fachtagungen werden genannt:
 - Integration und Integrationsbarrieren

- Gerechtigkeit
- Rechtspopulismus
- Massenorganisationen
- Gestaltungsmöglichkeiten
- Diversity
- Politische Meinungsbildung im Internet
- Globalisierung Gewinner/Verlierer
- Politische Bewegungen von „Betroffenen“
- (E-)Migration
- Deradikalisierung

Der Vorstand wird sich bemühen, ein aktuelles und wirksames Thema für die nächste größere Fachtagung auszuwählen und zwischendurch ein oder zwei kleinere Expertenrunden zu organisieren.



Foto: der 2016 gewählte Vorstand der Sektion Politische Psychologie (von links): Siegfried Preiser, Katharina Oerder, Constanze Beierlein, Petia Genkova, Christian Demmler, Paul Dettner (nicht im Bild: Rudolf Günther, Bettina Nock)

2. Erscheinungen auf den Grund gehen - Interdisziplinäre Fachtagung über Politische Ideologien in Berlin

Eine Fachtagung über Politische Ideologien im Wandel der Zeit kommt an Islamismus und Rechtsradikalismus in diesen Tagen und Monaten nicht vorbei. Wie viel mehr sie bieten kann, hat die Sektion Politische Psychologie des BDP in Kooperation mit der Psychologischen Hochschule Berlin, der Hochschule Hamm-Lippstadt und der Universität Mannheim auf ihrer interdisziplinären Fachtagung Anfang September gezeigt. Die von Axel Burger, Constanze Beierlein und Siegfried Preiser geplante und organisierte Veranstaltung brachte Vertreter aus Wissenschaft und Praxis zusammen und ermöglichte auch jenseits der Vorträge in den Pausen und bei einem gemeinsamen Abendessen einen regen Austausch.

Der Aufruf zum Umdenken im Kampf gegen religiösen Extremismus durch den Psychologen Ahmad Mansour, den ersten Keynote-Speaker, war solide untermauert durch viele Erfahrungen aus seiner Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen und deren Eltern aber auch aus der eigenen Biographie. Kritisch wandte er sich gegen all jene, die je nach politischem Standort die *eine* Ursache für Radikalisierung zu kennen glauben: die Benachteiligung durch die Gesellschaft, die soziale Ungleichheit, den Islam oder die mangelnde Bildung. Die Ursachen seien vielmehr komplex. Sie zu benennen und nicht aus Angst vor der Größe der Aufgabe oder aus Sorge um die Political Correctness zu verschweigen forderte er eindringlich.

Nach seiner Auffassung ist die Behauptung, der IS und andere Gruppierungen sowie deren Ideologie hätten nichts mit dem Islam zu tun, irreführend. Jegliches Islamverständnis, das die Sexualität tabuisiert, patriarchalisch angelegt ist, kritisches Denken nicht fördert sondern untersagt und ein Gottesbild zeigt, das mit Strafdrohungen und Höllenängsten arbeitet, könne zur Radikalisierung beitragen.

Was den IS so attraktiv für manche jungen Menschen macht

Auch das Phänomen, dass immer mehr junge Mädchen und Frauen sich dem IS anschließen, vermochte er zu erklären. Viele von ihnen erlebten die Ausreise nach Syrien in den Krieg als Befreiung vom Elternhaus und merkten erst später, dass sie sich einer noch viel stärkeren Unterdrückung ausgeliefert haben.

Attraktiv sei der IS für junge Menschen auch durch seine einfachen Antworten, seinen Buchstabenglauben, durch die Abgabe jeglicher Verantwortung an Allah und die ausgefeilte Arbeit mit Videos und anderen Propagandainstrumenten im Internet. Der IS vermische darin Bilder, die die Kids aus Videospiele oder Blockbustern kennen, mit dem eigenen Kampf. Salafisten böten den Jugendlichen im Netz aber auch im persönlichen Kontakt Halt, eine Struktur im Alltag und das Gefühl, über andere Menschen entscheiden zu können. Zu glauben, die Radikalisierung werde mit dem Ende des Syrienkrieges aufhören, hält Mansour für eine Illusion.

Reform der Ausbildung von Lehrern gefordert

Ahmad Mansour forderte, die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu reformieren. Viele Lehrer aber auch Sozialarbeiter seien überfordert wenn sie einen Dialog mit muslimischen Jugendlichen führen sollen. „Das ist aber notwendig, denn nur in Gesprächen über Sexualität, Geschlechterverständnis, Buchstabengläubigkeit, Opfer- und Feindbilder und nicht an Äußerlichkeiten wie Kopftüchern und Burkas lässt sich erkennen, ob ein Schüler sich radikalisiert. Nur im Dialog können wir sie früher als die Radikalen erreichen.“ An die Turboradikalisierung glaubt der Psychologe nicht.

Nicht hinnehmbare Trends

Besorgt äußerte der Psychologe sich über die Zunahme von Frauenverachtung, Homophobie und Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen. Er warnt vor Ausbreitung einer völlig anderen Lebensweise, in der Sexualität tabuisiert wird und muslimische Eltern bereits im Kindergarten versuchen Einfluss darauf zu nehmen, ob ihre Kinder im Sommer auch mal nackt spielen und Neugier auf den eigenen Körper zeigen dürfen. Er setzte sich für bundesweit klare Regeln ein, was z.B. die Teilnahme

am Schwimmunterricht betrifft. Es sei nicht hinnehmbar, dass manche Schüler weniger lernten als andere. Darüber hätten Eltern nicht zu entscheiden. Wer hier zurückweiche mache einen Fehler.

Im Durchschnitt wird die Bevölkerung liberaler, aber...

„Rechtsradikale Ideologien“ standen im Mittelpunkt des zweiten Keynote-Vortrags, der von Dr. Britta Schellenberg von der Ludwig-Maximilians-Universität München gehalten wurde. Mindestens einen Teil der Zuhörer überraschte die Referentin mit validen Umfrageergebnissen, denen zufolge die deutsche Bevölkerung insgesamt liberaler werde und abwertende Einstellungen deutlich zurückgingen. Sie machte das u.a. an Zahlen der sogenannten „Mitte-„Studien zu übersteigertem Nationalismus/Chauvinismus sowie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus deutlich. Hatten sich 2002 noch 18,3 Prozent der Befragten nationalistisch geäußert, so waren es 2016 nur 16,7 Prozent. Die mit 26,9 Prozent starke Ausländerfeindlichkeit 2002 ging bis 2016 auf 20,4 Prozent zurück. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hatten 2002 9,7 Prozent, 2016 noch 5,4 Prozent.

Rechtsextremisten sehen in ihren Straftaten eine Art Selbstverteidigung

Demgegenüber stehe die Gewalt von Gruppen wie dem NSU und anderen. Worin der Gesetzgeber und Teile der Öffentlichkeit Straftaten gegen Ausländer erkennen, sieht das völkische „Wir“ angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund nur Akte der Selbstverteidigung in einer Notwehrlage. Am Beispiel des NSU machte Britta Schellenberg deutlich, dass Gewalt unter Rechtsradikalen als legitimes und erfolgsversprechendes Mittel gilt, für das die Täter den „den Dank der Gemeinde“ erwarten könnten.

Eine einzige Ursache für diesen Trend gibt es ihres Erachtens nicht. Vielmehr kommen zu historischen Faktoren ökonomische dazu wie Arbeitsplatzverlust, prekäre Beschäftigung, Bankenkrise und andere. Nicht zu unterschätzen seien zudem soziale Faktoren (z.B. Statusverlust) und die politischen Defizite in der Leistungsbilanz der Regierung. In dieser Gemengelage wachse der Wunsch nach einfachen Lösungen und/oder einem charismatischen Führer.

Es gelte klarzustellen, wer in unserer demokratischen Gesellschaft dazugehört und so das „völkische“ Beurteilungsschema zu dekonstruieren. Statt Verständnis für diffuse Ängste zu äußern müssten der Schutz vor Diskriminierung verstärkt, Grenzen klargemacht und das Recht durchgesetzt werden.

Mehr über die nicht minder interessanten Sessions am zweiten Tag der Fachtagung in Berlin finden Sie auf der Homepage der Psychologischen Hochschule Berlin unter: <http://www.psychologische-hochschule.de/politische-ideologien-interdisziplinare-fachtagung-an-der-phb/#main-content>.

VERÖFFENTLICHUNGEN

Editorial des Heftes 1/2016

Sehr geehrte Leserin,

sehr geehrter Leser,

Heft 1/2016 der Zeitschrift „Politische Psychologie“ befasst sich schwerpunktmäßig mit der Rolle von Vertrauen im politischen Prozess und in der politischen Kommunikation. Der Begriff „Vertrauen“ begegnet einem in der Politikberichterstattung häufig, in der Regel im Zusammenhang mit der Wahrnehmung, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zurückgegangen und auch kein Ende dieses Trends abzusehen ist. Auch der politikwissenschaftlichen Forschung ist dieses Thema nicht unbekannt: Beispielsweise werden der Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Vertrauen untersucht oder die Beziehung zwischen politischem Vertrauen und politischer Unterstützung

bzw. Partizipation. Die Befunde dieser Forschungsrichtung widersprechen sich jedoch häufig.

Die Bündelung von Beiträgen zum Thema Vertrauen in einer Zeitschrift, die sich der Untersuchung von Fragestellungen an der Schnittstelle von Politik und Psychologie widmet, ist naheliegend. Zum einen ist Vertrauen eine psychologische Ressource von Individuen, kein politisches Phänomen. Die Erforschung der Rolle von Vertrauen in der Politik sollte somit psychologisch fundiert sein. Zum anderen basieren die Beziehungen zwischen politischen Akteuren und Bürgern auf Kommunikationsprozessen. Dies wird häufig übersehen – und damit auch die Tatsache, dass Vertrauen (beispielsweise in den Sender einer politischen Information) bereits hier eine Rolle spielen dürfte. Dies wird insbesondere vor dem Hintergrund der Verlagerung der politischen Kommunikation in die digitalen Medien deutlich. Die Digitalisierung eröffnet einerseits direkte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen politischen Akteuren und Bürgern, andererseits sind jedoch ein Missbrauch und damit ein Vertrauensverlust im Hinblick auf die Kommunikationsbeziehung möglich. Damit rücken auch andere Disziplinen in den Blickpunkt, wenn es um die Analyse von Vertrauen im politischen Prozess geht.

Der Forschungsschwerpunkt „Kommunikation, Medien und Politik“ der Universität Koblenz-Landau widmet sich diesem Forschungsgebiet seit dem Jahr 2012 durch eine interdisziplinäre Herangehensweise. Diese umfasst nicht nur die Perspektiven der Politikwissenschaft und der Psychologie, sondern auch die der Kommunikationswissenschaft und der Informatik. Die ersten vier Beiträge des Sonderhefts stellen Ergebnisse aus den Projekten des Forschungsschwerpunkts vor.

Der erste Beitrag von *Julia Dupont, Evelyn Bytzek, Melanie C. Steffens* und *Frank M. Schneider* beschäftigt sich mit der Wahrnehmung von sogenannten Wahlversprechen als glaubwürdige Information. Politisches Vertrauen stellt hier die unabhängige Variable dar, die einen Einfluss auf die Informationswahrnehmung und -verarbeitung haben sollte. Die Autor/innen zeigen, dass sowohl das allgemeine Vertrauen in Politikerinnen als auch das Vertrauen in die ein Versprechen gebende Partei einen zentralen Einfluss auf die Glaubwürdigkeit eines Wahlversprechens ausüben, auch bei Kontrolle von Effekten, die von der Konkretheit, der Verbindlichkeit des Versprechens und der persönlichen Betroffenheit vom Thema, auf das sich ein Wahlversprechen bezieht, ausgehen.

Die nächsten drei Beiträge untersuchen politisches Vertrauen als abhängige Variable im Kommunikationsprozess. *Franziska Ehrke, Susanne Bruckmüller* und *Melanie C. Steffens* betrachten den Einfluss der sozialen Vielfalt in Parteien auf politisches Vertrauen. Sie können zeigen, dass eine (fiktive) sozial vielfältige Partei als weniger kompetent, aber wärmer eingeschätzt wird als eine (ebenfalls fiktive) sozial homogene Partei. Da sich jedoch Wärme als der stärkere Prädiktor für politisches Vertrauen erweist, ist letztlich das Vertrauen in die vielfältige Partei höher als in die homogene Partei.

Jürgen Maier und *Carolin Jansen* untersuchen den Einfluss des *negative campaigning* in TV-Duellen auf das Vertrauen in Kanzlerkandidaten. Auf der Basis von Inhaltsanalysen können sie zeigen, dass Angriffe eine populäre Strategie (vorrangig der Herausforderer) in den TV-Duellen 2002, 2009 und 2013 waren. Auf der Basis von Befragungsdaten konnten allerdings keine systematischen Hinweise dafür gefunden werden, dass die wahrgenommene Häufigkeit von Angriffen das Vertrauen in die Kandidaten zerstört.

Eine ähnliche Richtung hat der Beitrag von *Lukas Otto* und *Michaela Maier*. Sie analysieren, wie zwei hervorstechende Charakteristika sogenannter *soft news*, Negativität und Privatisierung, auf das Vertrauen in individuelle Politiker und politische Akteure allgemein (also Zynismus) wirken. Die Analysen zeigen einen starken Effekt von negativer Information auf das Vertrauen in die dargestellten Politiker sowie auf allgemeinen politischen Zynismus. Privatisierung hat hingegen keinen negativen Einfluss auf die beiden abhängigen Variablen.

Der fünfte Beitrag des Themenschwerpunkts ist außerhalb des Forschungsschwerpunkts an der Universität Koblenz-Landau entstanden. *Martin Schweer* und *Robert Lachner* befassen sich mit Vertrauen und sozialer Verantwortung als zentralen psychologischen Ressourcen. Sie arbeiten heraus,

dass beide Konzepte eng miteinander verbunden sind, für zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen hochgradig relevant sind und zukünftige Forschung zu politischem Vertrauen die Beziehung zwischen beiden Konzepten besonders in den Blick nehmen muss.

Die beiden weiteren Beiträge befassen sich mit politischer Kommunikation im Wahlkampf. *Jonas Israel*, *Stefan Marschall* und *Martin Schultze* beschäftigen sich mit den in den letzten Jahren immer populärer gewordenen Voting Advice Applications. Sie untersuchen die Rolle von kognitiver Dissonanz auf die Effekte des deutschen Wahlomat am Beispiel der Europawahl 2014 und zeigen, dass eine Irritation des Nutzers durch die Ergebnisse dazu führen kann, dass eine bereits bestehende Wahlabsicht für eine bestimmte Partei bei der anstehenden Wahl geändert wird.

Zuletzt werfen *Elena Wiegand* und *Aiko Wagner* einen Blick auf das TV-Duell bei der Bundestagswahl 2013. Sie untersuchen den Einfluss des TV-Duells auf die Einschätzung einer Übereinstimmung von politischen Positionen der Kanzlerkandidaten mit deren Parteien und zeigen, welche Auswirkungen eine Bewertungsänderung für die Wahlentscheidung hat. Am Beispiel von Peer Steinbrück können sie zeigen, dass TV-Duelle dazu beitragen können, Wählerstimmen zu gewinnen, wenn es dem Kandidaten gelingt, sich als zu seiner Partei passender Kandidat zu präsentieren.

Der Vorsitzende der Walter-Jacobsen-Gesellschaft Rainer Krieger erinnert in seinem Beitrag an das Lebenswerk von Walter Jacobsen und die mit seinen finanziellen Spenden aufgebauten Förderinstrumente für Politische Psychologie und die politische Bildung. Martin Habersaat beschreibt den seit vielen Jahren vergebenen und von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft mitfinanzierten Olof-Palme-Friedenspreis, der Vereine, Initiativen und Personen aufzeichnet, die sich für Frieden, Verständigung und Gerechtigkeit einsetzen und die als anregendes Modell für weiteres bürgerschaftliches Engagement dienen sollen.

Bei der Lektüre wünschen wir Ihnen interessante Einblicke in ein relevantes Forschungsfeld!

Evelyn Bytzek und Jürgen Maier

als Herausgeberin/Herausgeber des Schwerpunkthefts

Markus Steinbrecher, Constanze Beierlein und Siegfried Preiser

als Herausgeberin/Herausgeber der Zeitschrift Politische Psychologie/Journal of Political Psychology